Süddeutsche Zeitung

Krieg in der Ukraine

Verteidigen und verhandeln

29. Februar 2024, 16:15 Uhr

Was etlichen Politikern im Umgang mit Russland fehlt, ist ein Sinn für die Realitäten. Es ist ein Fehler, alles auf die militärische Karte zu setzen. Höchste Zeit, das zu tun, was das Überleben der Ukraine wirklich sichern würde.

Gastkommentar von Rüdiger Lüdeking

Rüdiger Lüdeking gehörte von 1980 bis 2018 dem Auswärtigen Dienst an. Unter anderem war er Ständiger Vertreter Deutschlands bei den UN und der OSZE in Wien.

Die Möglichkeit, dass die Ukraine den Krieg mit Russland nicht mit einem vollständigen Sieg beenden könnte, hat zu hitzigen Debatten im Westen geführt. Emmanuel Macrons Äußerung, die Entsendung von Bodentruppen nicht mehr völlig auszuschließen, zeigt, wie weit sich die Diskussion entwickelt hat, hin zu einer Rolle als Kriegspartei. Selbst die aktuell in Deutschland mit Vehemenz geforderte Lieferung von *Taurus*-Marschflugkörpern ist aufgrund der Reichweite dieses Waffensystems und der möglicherweise erforderlichen Unterstützung bei Steuerung und Zielerfassung von einer neuen Qualität. Mit Blick auf Eskalationsrisiken will das wohlerwogen sein.

Die Politiker und Experten, die unverändert allein auf die militärische Karte setzen und meinen, dass Russland zu verlieren lernen müsse, scheinen den Blick für die Realitäten und das jetzt politisch Gebotene verloren zu haben.

Dies gilt für die Einschätzung der militärischen Lage wie der Gewährleistung der eigenen Verteidigungsfähigkeit: Die ukrainischen Streitkräfte müssen sich angesichts des unzureichenden Nachschubs aus den europäischen Nato-Ländern und der Ungewissheit der Unterstützung durch die USA jetzt auf die Verteidigung und Verhinderung militärischer Durchbrüche seitens Russlands konzentrieren. Auf absehbare Zeit dürfte eine vollständige Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete nicht möglich sein - zumal der Abnutzungskrieg den Invasor begünstigt: Russland ist der Staat mit den größeren personellen und materiellen Ressourcen.

Akut ist die Gefahr eines russischen Angriffs auf Nato-Staaten nicht

Will man Putin nicht jegliches rationales Kalkül absprechen, besteht allerdings keine akute Gefahr eines russischen Angriffs auf Nato-Staaten. Die Schwäche der russischen Streitkräfte, ihre Schwierigkeiten zur Führung eines modernen Gefechts der verbundenen Waffen, ihre massiven Verluste sowie ihre Motivations- und Führungsmängel stehen dem entgegen. Dennoch müssen sowohl Deutschland wie Europa deutlich mehr tun, um künftig Bedrohungen in einem stärker konfrontativ geprägten Umfeld begegnen zu können. Europa sollte kein willfähriger Juniorpartner von wenig verlässlichen USA unter einem abermaligen Präsidenten Trump sein. Denn dann könnte es sich in einer entwickelnden neuen Weltordnung nicht mehr wirksam behaupten.

Der Anteil des deutschen Verteidigungshaushaltes von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts reicht nicht aus, um die Fähigkeits- und Ausrüstungsmängel der Bundeswehr zu beheben. Auch sind trotz jüngster verbaler Bekenntnisse die Bemühungen zur verteidigungspolitischen Integration der EU-Staaten völlig unzureichend, erst recht was die erforderliche Effizienzsteigerung der Verteidigungsausgaben betrifft. Es fehlt hierzu vor allem die nötige entschiedene deutsch-französische Führung - und möglicherweise auch das entschlossene Vorangehen im Rahmen eines Kerneuropas.

Davon abgesehen ist jedoch noch etwas anderes zentral. Es müssen endlich die diplomatischen Möglichkeiten zu einer Beendigung des Kriegs oder der Erreichung eines abgesicherten Waffenstillstands ausgelotet und in Angriff genommen werden. Dies setzt voraus, dass - trotz des unentschuldbaren russischen Angriffskriegs - die Nato ihre Mitverantwortung für die heutige Lage anerkennt: Spätestens seit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten George W. Bush im Jahr 2001 verfolgt die Nato mit ihrer konsequenten Osterweiterung sowie auch der Aufkündigung zentraler Rüstungskontrollübereinkünfte eine Sicherheitspolitik, die den Interessen Russlands widerspricht. Russland hat früh deutlich gemacht, dass vor allem durch die 2008 angekündigte Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die Nato rote Linien überschritten wurden und es den Status quo zu seinen Lasten verändert sieht. Folglich waren russische Reaktionen zu erwarten.

Lieber noch Zehntausende Tote mehr?

Die jetzt übliche einfache Verneinung eines russischen Verhandlungswillens ist verantwortungslos und falsch. Sie ignoriert die Risiken einer Fortführung des Krieges auch für Putin. Zudem sollten weitere Zehntausende Opfer als Folge eines Abnutzungskriegs - angesichts der geringen Aussichten für einen ukrainischen Erfolg - moralisch nicht hinnehmbar sein.

Aber: Der politische Gesprächsfaden wie das Verständnis für notwendige Kompromisse sind verloren gegangen. Kaum jemand scheint sich den Sinn für Augenmaß und nüchterne Realitäten bewahrt zu haben und nicht den üblichen reflexhaften Ritualen der Empörung und eindimensionalen Forderungen nach Lieferung von Waffen an die Ukraine zu verfallen. Vor zehn Jahren gab der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher angesichts der Krim-Annexion durch Russland den Rat: "Wir sind an einem Punkt angekommen, wo ein offenes Wort unter Wenigen erforderlich ist, um herauszufinden, wie wir nicht zu einem Kräfteverschleiß kommen im Gegeneinander, sondern wie wir weiterkommen. Starke Worte haben uns noch nie weitergeführt."

Durchhalteparolen geben den Ton an

Statt diesen Rat zum Anlass zu nehmen, um einen diplomatischen Prozess mit Russland auszuloten, scheint man im Westen vielmehr auf militärische Durchhalteparolen zu setzen. Die allenthalben festzustellende Kriegsrhetorik westlicher Politiker aber verschärft die Konfrontation mit Russland, was nicht im Interesse Europas sein kann. Zudem ist der Verweis zwar nachvollziehbar, dass es zunächst die Ukraine wäre, die sich für Verhandlungen entscheiden müsste. Aber es wird der Dimension des Konflikts und der Erwartung Russlands, auf Augenhöhe mit der "anderen" Großmacht USA zu verhandeln, nicht gerecht. Unabhängig davon dürften die Chancen auf ein günstiges Ergebnis für die Ukraine bei Beteiligung der USA wie auch Chinas sowie zentraler Staaten des globalen Südens und Europas noch am ehesten gegeben sein. In jedem Fall sind Verhandlungen, die mit kühlem Kopf und hartgesotten-illusionslos geführt werden, noch am ehesten geeignet, die Behauptung des Staates Ukraine in gesicherten Grenzen zu gewährleisten. Selbst wenn sie angesichts der Realitäten zu schmerzlichen Kompromissen führen werden.

Die Lehren des Kalten Kriegs und die zentralen Aufgaben der seit 1967 geltenden Doppelstrategie der Nato waren: gesicherte Verteidigungsfähigkeit sowie die Bereitschaft zu Dialog, Zusammenarbeit und Entspannung. Beides wird derzeit in Deutschland und in der EU nur sehr unzureichend beherzigt. Die Gefahr einer Eskalation des Krieges wie eine mittelfristig nicht auszuschließende militärische Bedrohung der Nato durch Russland sind Anlass zur Sorge. Sorge bereitet auch die Sprachlosigkeit gegenüber Russland und fehlende Diplomatie. Emotionaler Furor und bellizistisch daherkommendes Maulheldentum helfen nicht weiter. Im Gegenteil, sie sind eher geeignet, die Kriegsgefahren für die europäischen Nato-Staaten zu erhöhen.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.6407540

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/de

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.